

Mehr Geld in der Tasche

Der Wirtschaftsrat der CDU setzt sich – pünktlich vor der Wahl – für die Senkung der Gesamtsteuerbelastung in Deutschland ein.

ERFURT. Das Grundprinzip: Weniger Steuern auf das Einkommen, mehr auf den Konsum. Um aber nicht gleich das garstige

Wort „Mehrwertsteuer“ in den Mund nehmen zu müssen, sprach man von einem „langfristigen in sich verborgenen Konzept“. Auf jeden Fall bräuchten die Leute mehr Geld in der Tasche, das ausgegeben werden kann, so Hans Jürgen Kronberg als Thüringer Landesvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates auf dem gestrigen „Wirtschaftstag Mitteldeutschland“ auf der Erfurter Messe. Jetzt komme es darauf an, den Geldkreislauf flüchtig an

zukurbeln, Kronberg warnte zugleich vor einem Abschied von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. in Richtung staatlicher Verantwortung. Natürlich – so raunte er ein – müsse man flexibel werden, um die schwere Krise zu meistern. Der Wirtschaftsrat versteht sich selbst als „Lobby-Vereinigung des deutschen Mittelstandes“. Das gestrige Treffen der Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt brachte im Vor-

feld der Wahlen vor rund 500 Gästen noch einmal jene Forderungen auf dem Punkt, die sich unter dem Motto zusammenfassen lassen: „Entlasten statt belasten“. Gemeint sind die Steuern ebenso, wie überzogene Abgaben für Energie, die hohen Kosten durch den Staat oder das Übermaß an Bürokratie. Gerade bei letzteren setzte sich Wirtschaftsratpräsident Kurt J. Lauk dafür ein, das sogenannte „Investitions-Beschleunigungsge-

setz“ aus den Nachwendezahren für ganz Deutschland zu nutzen. Nur so sei dem Stau aus Bau- und Investitionsanträgen aufzulösen. Zudem müsse in den Wahlprogrammen der Union eine Steuerreform, festgeschrieben werden, die unter anderem die Beseitigung der kalten Progression beinhaltet.

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) setzte sich ebenfalls für eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft ein. Ursache der gegenwärtigen Probleme in der Wirtschaftswelt seien hemmungsloses Gewinnstreben sowie ein mangelhafter Ordnungsrahmen. „Hier muss der Staat gegensteuern, damit sich Verheerungen nicht wiederholen. Nur der Staat kann jetzt den Weg zurück zu einem funktionierenden Markt ebnen“, so Althaus. Einzelne Podien befassten sich mit den Themen „Konjunkturprogramm“, „Bildung/Innovation“ sowie „Globalisierung“. TA